

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 25 (1946)
Heft: 7

Artikel: Die Vollbeschäftigungslehre von Lord Keynes
Autor: Stöckli, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335403>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ARNOLD STÖCKLI

Die Vollbeschäftigungslehre von Lord Keynes

Mitte April dieses Jahres kam aus England die Nachricht vom Tode Lord Keynes'. In den vielen Nachrufen ehrten ihn seine Freunde als den größten und revolutionärsten Volkswirtschaftler unserer Zeit, und seine Gegner warnten nochmals vor seinen gefährlichen Theorien. Die Theorien Keynes' stehen heute im Mittelpunkt der Diskussion über die Nachkriegsordnung, denn Keynes verspricht darin nicht weniger als die Schaffung eines Zustandes der dauernden Vollbeschäftigung und den sozialen Wohlstand aller Volksschichten unter Respektierung der persönlichen Freiheit und der Naturrechte. Es ist verständlich, daß in einer Zeit, in der die alten Grundsätze sich als unfähig erweisen, die Arbeitslosigkeit und die soziale Not aus dem wirtschaftlichen Leben zu verdrängen, die Ideen Keynes', soweit sie den Volksmassen zugänglich gemacht werden, revolutionierend wirken müssen.

Die starke Wirkung dieser Ideen hat auf der Gegenseite eine Opposition gerufen. Doch diese Kreise weichen einer ernsthaften Diskussion über die einzelnen Probleme aus und verlegen ihr Hauptgewicht auf die «ungeheuren Gefahren», von denen eine Abkehr von den bisherigen gebräuchlichen Formen des Wirtschaftslebens begleitet sein werde. Diese Entwicklung der Opposition hatte Keynes vorausgeahnt, und er hat im Vorwort zu seinem Buche über «Beschäftigung, Geld und Zins» geschrieben, daß die Schwierigkeiten nicht in den neuen Ideen liegen, sondern in der scheinbaren Unmöglichkeit, sich vom bisher Gültigen zu lösen. So warnt zum Beispiel Röpke noch in seinem Nachruf («NZZ» Nr. 782) vor Keynes, weil er den inflationistischen Bestrebungen seinen Segen gegeben habe, weil er mit kaum verhohlener Verachtung die bewährten Regeln und Einrichtungen diskreditiert und den Menschen das Gefühl geraubt habe, daß sie das Rechte tun, wenn sie sparen und

aus ihren Einkünften für sich und ihre Nachkommen Reserven bilden. Die alte Schule kann Lord Keynes nicht verzeihen, daß er den breiten Volksschichten erklärte, daß sie sich über die alten «vortrefflichen» Grundsätze mit gutem Gewissen hinwegsetzen dürften, weil sie zu nichts mehr taugten.

Der Ausgangspunkt für Keynes liegt in der Behandlung des Paradoxons von der Armut mitten im Überfluß und der Tatsache, daß die soziale Not die Völker um so schwerer trifft, je reicher sie sind, daß heißt je stärker ihre Produktionsmöglichkeiten entwickelt sind. Diese Problemstellung ist an sich nicht neu. Schon Karl Marx kam auf Grund ähnlicher Untersuchungen zum Resultat, daß die Ursache der Krise in der Klassenteilung und ihre Verschärfung in der Verschärfung der Klassengegensätze liege. Henry George hatte in seinen Untersuchungen über diese Erscheinung festgestellt, daß die Armut eine Folge des Reichtums sei, die Zunahme des Reichtums den Zustand der Armut verschärfe, und daß nur dort Krisen vorkommen könnten, wo Reichtum und Armut nebeneinander existierten. Von der modernen Schule waren es vor allem Hobson und F. Oppenheimer, die der Lösung des Paradoxons sehr nahe kamen. Hobson erkannte, daß im modernen industriellen Gemeinwesen der Verbrauch die Erzeugung und nicht die Erzeugung den Verbrauch begrenze. Franz Oppenheimer machte auf den Wandel in der modernen Wirtschaftsgeschichte aufmerksam, daß jetzt nicht mehr die Armut eine Folge der Unterproduktion, sondern umgekehrt die Unterproduktion eine Folge der Armut sei.

Gleich wie die Abhandlungen seiner Vorgänger, so ist auch die Lehre von Keynes nicht leicht verständlich. Vielleicht ist das einer der wesentlichsten Gründe dafür, daß das eine Buch von Keynes über «Beschäftigung, Geld und Zins» und seine späteren Vorschläge, vor allem auch der «Keynes-Plan», bis heute nicht populärer geworden sind. Er hat den Widerspruch zwischen Armut und Überfluß eingehender als seine Vorgänger und vor allem auch an den Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise studiert, und er hat dabei festgestellt, daß bei wachsender Beschäftigung und bei zunehmendem Realeinkommen der Verbrauch weniger rasch wächst als das Realeinkommen. Um nun aber für die Wirtschaft das notwendige Gleichgewicht beizubehalten, müßte der ganze überschüssige Einkommensbetrag für Investitionen neuen Kapitals verwendet werden. Dies geschieht in Wirklichkeit nicht. Ein beträchtlicher Teil dieses Überschusses wird gespart, statt investiert, und damit sowohl dem Verbrauch wie auch der Investition entzogen. Das muß notwendigerweise ein Absinken der Beschäftigung unter den Zustand der Vollbeschäftigung nach sich ziehen, muß das Gleichgewicht stören und Arbeitslosigkeit erzeugen.

Die Sparsucht ist die verhängnisvolle Krankheit der Gesellschaft, und die Schrumpfung des Volkseinkommens ist eine Folge dieses Sparens. Der Überschuß der Ersparnisse staut sich bei den Banken und auf dem Geldmarkt, wird so dem Einkommenskreislauf entzogen und führt zur Verminderung des Volkseinkommens. Um diese Schrumpfung des Volkseinkommens zu vermeiden, sollte der Staat den Überschuß der Ersparnisse dem Kreislauf erhalten; dafür aber müßte er diesen Überschuß der Ersparnisse auf dem Anleihswege oder durch die Mittel der Besteuerung an sich ziehen und dem Kreislauf wieder zur Verfügung stellen.

Die Voraussetzungen der Vollbeschäftigung müssen durch die Ausweitung und Aufrechterhaltung eines genügend großen Arbeitsvolumens und durch die gegenseitige Abstimmung von Preis und Lohn geschaffen werden. Aber um diese notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, mußte Keynes erst die Argumente der klassischen Wirtschaftstheoretiker entkräften. Diese machen bekanntlich die staatlichen Interventionen und die monopolistischen Tendenzen der Gewerkschaften für die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes verantwortlich. Nach den klassischen Theorien kommt es zur Arbeitslosigkeit, weil die Löhne zu hoch sind. Könnte man die Unternehmer von diesen Interventionen wieder vollständig befreien, so würde der freie Wettbewerb die Löhne auf einen Stand herabdrücken, bei dem sich der Unternehmer wieder veranlaßt sähe, mehr Arbeiter zu beschäftigen.

Die Senkung des Lohnes hat nun aber nach Keynes nicht jene Wirkung auf den Beschäftigungsstand, die ihr die klassische Theorie zuerkennt. Auch wenn durch Lohnsenkungen anfänglich die Möglichkeiten weiterer Arbeitereinstellungen gegeben sind, so wird sich die Nachfrage nicht nach der klassischen Theorie, sondern gleichwohl in ihrem bisherigen Rahmen weiterentwickeln. Es werden – wie die Weltwirtschaftskrise zur Genüge gezeigt hat – weitere Verluste eintreten, und diese werden wiederum den Unternehmer zur Entlassung von Arbeitskräften veranlassen. Der früher Beschäftigungsgrad wird also trotz der Lohnsenkung wieder hergestellt.

Im Gegensatz zur klassischen Theorie steht bei der Vollbeschäftigungslehre die Zahl der beschäftigten Personen im direkten Zusammenhang zu den ausgegebenen Summen einer Gemeinschaft, und die Zahl der Beschäftigten wird jetzt bestimmt: durch die Höhe des investierten Geldes und den Sparwillen, durch die Mittel, welche verbraucht werden können, und durch die Beziehungen zwischen Einkommen und Verbrauch.

Ein System der Massenproduktion, wie es der Kapitalismus darstellt, ist nur möglich, wenn das Einkommen der Masse auch groß genug ist, um das Massenprodukt aufzuzehren, das die schmale Oberschicht nicht aufzu-

zehren vermag. «Solange das Monopol das Arbeitseinkommen niederhält, reicht die Kaufkraft der Masse nicht hin, um das eigene Produkt zurückzukaufen, und so lange muß das Mißverhältnis, das die Arbeitslosigkeit zur Folge hat, weiterbestehen» (Franz Oppenheimer).

Wenn nun aber die Zahl der beschäftigten Personen von den ausgegebenen Summen abhängt, dann kann man durch die Beeinflussung der Investierungstätigkeit und durch Einwirkungen auf den Umfang des Verbrauches den Beschäftigungsgrad regeln.

Der Staat muß heute die mangelnde Vernunft der einzelnen Bürger ersetzen, muß, um den notwendigen Kreislauf aufrechtzuerhalten, auf der einen Seite den Überschuß sammeln und ihn auf der andern Seite dem Kreislauf wieder zur Verfügung stellen. Er kann dies tun in Form von Lohnzuschüssen oder in Form von Subventionen zur Verbilligung der Lebenskosten. Damit würde der Staat auch den sozial notwendigen Ausgleich zwischen Preis und Lohn schaffen, und er würde damit das «Elend der Arbeiter» überwinden, das nach Karl Marx bekanntlich darin besteht, daß die Ware um den Anteil der Profitrente verteuert und der Arbeiter in seinem Lohnanteil um den Betrag der Profitrate betrogen wird. Die Rückführung des Überschusses kann aber auch in Form von staatlichen Investitionen oder in Subventionen an private Unternehmer geschehen, und in diesem Falle erwirkt das Einströmen des Geldes die notwendige Summe zusätzlicher Arbeit.

Der Unterschied gegenüber früheren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen besteht vor allem darin, daß diese Maßnahmen nun nicht mehr den Charakter einer vorübergehenden Aktion zur Ankurbelung der Wirtschaft tragen, sondern als dauernde Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftskreislaufes und zur Erhaltung des notwendigen Volksvermögens dienen. Das Ausmaß der staatlichen Beeinflussung muß notwendigerweise wachsen, parallel zur Zunahme von Reichtum und Kapital einer Gemeinschaft.

Neben der Ausweitung und der Aufrechterhaltung eines genügenden Arbeitsvolumens ist die Bindung des Preises von größter Wichtigkeit. Die Lohnunterhandlungen sind ein politisches Problem, doch wird hier ein stetes Ansteigen des Lohnes durch den Zustand der Vollbeschäftigung begünstigt. Bei festem Preis nun bedeutet dieses Ansteigen des Lohnes eine Zurückdrängung oder Aufzehrung der Profitrate, und wir erhalten dadurch den notwendigen Ausgleich zwischen Preis und Lohn. Diese Verengung der Profitrate aber zwingt nun den Unternehmer zur Erhöhung des Produktionsvolumens und zur Einführung von rationelleren Arbeitsmethoden. Der feste Preis, respektive die Verengung der Profitrate begünstigt den technischen

Fortschritt. Ein Zerfall des Preises oder eine inflationistische Verteuerung der Ware aber gefährden das wirtschaftliche Gleichgewicht und damit auch den Zustand der Vollbeschäftigung.

Diese Stabilisierung des Preises aber kann nicht unabhängig von der Geldverwaltung erfolgen, denn die Tendenzen des Preisanstieges oder des Preiszerfalls müssen durch die Erhöhung oder Beschränkung der Geldmengen ausgeglichen werden. Nach Keynes kann die Stabilität des Preises nur erhalten bleiben, wenn die Geldmenge der Warenmenge, also dem jeweiligen Produktionsvermögen entspricht. Solange die Tendenz der Geldhortung besteht, muß der Staat zusätzliches Geld auf den Markt bringen; in Zeiten zu großer Geldflüssigkeit oder zum Beispiel bei einer kriegsbedingten Verknappung der Warenmenge muß das die Warenmenge übersteigende Geld auf dem Anleihswege, durch Zwangssparsysteme oder durch die Besteuerung aufgesogen werden.

Das sogenannte deutsche «Wirtschaftswunder» von 1933 bis 1935 wurde durch die Mittel der Geldschöpfung und der Kreditausweitung ermöglicht. Schacht hatte nach der Machtübernahme das Geld- und Kreditvolumen durch Reichsschatzwechsel usw. gegenüber den Krisenjahren um zwei Drittel erhöht und dadurch die Nachfrage geschaffen, die notwendig war, um die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Freilich war diese Konjunktur durch die Erhöhung der Staatsschuld erkaufte, aber das war, solange die Verschuldung im Dienste der Konjunkturpolitik stand, nicht gefährlich. Der Erhöhung der Staatsschuld standen auf der andern Seite eine Erhöhung der Staatseinnahmen und der Wegfall der Arbeitslosenunterstützung gegenüber.

Damit die Inflation während des Krieges und der deflationistische Rückschlag nach dem Kriege unterbleiben, hat Keynes zu Beginn des Krieges vorgeschlagen, es sollte ein bedeutender Teil des Mehreinkommens während des Krieges durch niedrig verzinsliche Zwangsanleihen aufgesaugt, und diese Anleihen sollten jetzt nach dem Kriege, um dem deflationistischen Rückschlag zu begegnen, zurückbezahlt und dem Konsum freigegeben werden.

Dieser Vorschlag ist damals nicht nur von den bürgerlichen, sondern auch von namhaften sozialistischen Kreisen bekämpft worden, und man hatte damals die Warnung Keynes' überhört, daß im Falle der Unterlassung dieser Maßnahmen die Bevölkerung mindestens einen ebenso großen Teil ihres Einkommens durch inflationistische Preisverteuerungen verlieren werde. Gerade für die niedrigsten Einkommensklassen wäre dieses Sparsystem besonders vorteilhaft gewesen und hätte ihnen nicht nur ihr angemessenes Einkommensminimum unberührt gelassen, sondern auch die inflationistisch

bedingte Verminderung ihres realen Einkommens verhindert. Dadurch wären der Arbeiterschaft die Früchte ihrer Mehrarbeit in der Kriegskonjunktur als Nettokapitalwert für den Nachkriegskonsum gerettet worden. Da man aber die Verausgabungen des Mehreinkommens frei gelassen hatt, führte die begrenzte Konsumgüterversorgung zu einer inflationistischen Preisteuerung. Diese Verteuerung hat nun während der Kriegszeit allen Mehrverdienst verschlungen, ihn in Form hoher Gewinne dem Unternehmer zugeführt, ohne daß die Arbeiterschaft effektiv vermehrte Konsummöglichkeiten genießen konnte.

Die Vollbeschäftigungslehre von Keynes erstrebt eine sozialgeleitete Investitionsrate, und diese hat eine fortschreitende Abnahme der Profitrate zur Folge. Keynes befürwortete alle Arten der Politik, die den Hang zum Verbrauch vermehren, und er glaubte, durch die von ihm empfohlenen Maßnahmen werde die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals vollends verschwinden, so daß zuletzt nur noch der Unternehmerlohn und die Risikoprämien übrig bleiben. – Das ist das gleichsam sozialistische Endergebnis seiner Vollbeschäftigungslehre.

Keynes will die Vollbeschäftigung durch die Herabsetzung des Zinsfußes und durch unmittelbare Investitionen öffentlicher Gelder erreichen. Eine umfassende Investitionspolitik soll hier die Lücken ausfüllen, die heute die private Investitionspolitik übrig läßt. Er weiß, daß man aus psychologischen Gründen und aus Rücksicht auf die überkommenen gesellschaftlichen Einrichtungen den Zinsfuß jedoch nicht so weit senken kann, als nötig wäre, um die Investitionsbereitschaft hinlänglich zu stärken. Darum muß man durch öffentliche Arbeiten die restlichen Schwierigkeiten beseitigen, und die Notwendigkeit der öffentlichen Investitionen wächst mit der Zunahme von Reichtum und Kapital. Um das Gleichgewicht und den Kreislauf, der für die Vollbeschäftigung notwendig ist, aufrechtzuerhalten, muß der Staat immer wieder Kapital investieren, muß der Staat den Massenverbrauch durch alle möglichen Mittel begünstigen, durch Familienzuschüsse, durch die Beseitigung oder Herabsetzung der indirekten Besteuerung, durch Subventionen zur Niederhaltung der Preise für Güter des dringenden Lebensbedarfes und durch staatliche Aufwendungen für soziale Einrichtungen. Kurz, der Staat muß auf dem Wege der Besteuerung, der Investierung und in Form von Subventionen einen Ausgleich schaffen zwischen reich und arm, zwischen großen und kleinen Einkommen. Keynes will die Armut beseitigen und durch die Beseitigung der Armut die Vollbeschäftigung erreichen.

Die Vollbeschäftigungslehre von Keynes bedeutet eine vollständige Abkehr von allem, was wir bisher als gesunde Finanzpolitik betrachtet haben.

Cassel machte gegenüber Keynes die Einwendung, daß seine Theorie einer Kriegserklärung an die Spartätigkeit gleichkäme. Aber das ist noch nicht alles. Auch die Sozialpolitik bekommt durch die Vollbeschäftigungslehre von Keynes eine andere Bedeutung. In England haben seine Theorien teilweise den «Beveridge-Plan» und den späteren Plan für Sozialversicherung beeinflußt. Die Aufwendungen für die Sozialleistungen werden jetzt unter dem Gesichtspunkt des Einkommensausgleichs, nicht mehr durch Versicherungsprämien (die ja das Konsumvermögen der Massen schwächen), sondern weitgehend oder sogar einseitig durch die Besteuerung der hohen Einkommen bestritten.

Berücksichtigt man alle diese Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben, so versteht man das Entsetzen der Vertreter der alten Schule und ihren Aufschrei, daß Keynes alles, was bisher als allgemeingültig betrachtet wurde, «auf den Kopf stelle».

Die Neuordnung im nationalen Rahmen ist nur eine provisorische Etappe, und Keynes hat in seinem «Plan» die notwendige spätere Ergänzung im internationalen Leben gezeigt. Was sich zuerst im nationalen Raume vollzieht, vollzieht sich später, durch die Lenkung des internationalen Bank- und Währungsinstitutes und durch all die Maßnahmen, die eine internationale Konjunkturpolitik bezwecken, im internationalen Raum. Der «Keynes-Plan» ist mehr als nur ein Plan zur Erleichterung des internationalen Zahlungsverkehrs, er ist ein verpflichtendes Friedensprogramm und bezweckt die Vollbeschäftigung und den Wohlstand aller Menschen, in allen Ländern.

* * *

Brief aus Deutschland

Unter Weglassung einiger Stellen rein privaten Inhalts veröffentlichen wir diesen, wie wir glauben, sehr aufschlußreichen Brief, den wir von einem in Berlin wohnenden deutschen Genossen erhalten haben.
Die Redaktion

Berlin, im Mai 1946.

Der Kern des kleinen Freundeskreises, dem ich angehöre, ist ursprünglich aus einer oppositionellen Gruppierung innerhalb der früheren SPD hervorgegangen. Diese Gruppe ist in den Jahren 1935/36 teils durch die Gestapo